



WORTE DES LANDESVORSITZENDEN

# Jahrelang verpasst – es wird Zeit, das Wesentliche in den Blick zu nehmen

Samstagfrüh 6:11 Uhr in Lichterfelde – hinter Berlin liegt eine Silvesternacht. Die ersten Reaktionen der politischen Riege fallen sehr positiv aus. Klar, die schlimmen Bilder sind ausgeblieben. Es ist die Gewerkschaft der Polizei, die lautstark darauf hinweist, dass stadtweite Angriffe mit Raketen, Böllern, Batterien, 30 verletzte Kolleginnen und Kollegen, fast 50 abgefackelte Fahrzeuge sowie eine entglaste Woolworth-Filiale keine Normalität sein dürfen. Doch in drei Minuten schert das keinen mehr, denn die nächste Lage rollt gerade auf die Hauptstadt zu. Um 6:14 Uhr wird ein Brand am Teltowkanal gemeldet. Danach ist für weite Teile des Südwestens, 45.000 Haushalte, rund 100.000 Menschen der Strom aus ...



Foto: CarlyPort Pictures

**Stephan Weh**

Beim Schreiben dieser Zeilen ist die Stromversorgung in den betroffenen Gebieten, zu denen übrigens auch vier Krankenhäuser und mehrere Pflegeeinrichtungen gehören, wiederhergestellt, teilweise nach mehr als vier Tagen. Die Solidarität war gigantisch: Polizei, Feuerwehr und Hilfsorganisationen an allen Ecken im Dienst für die Menschen in dieser Stadt. Es war wichtig, den Fokus zunächst vor allem darauf zu richten, die Auswirkungen dieses linksextremistischen Terroranschlags für die Betroffenen bestmöglich abzumindern, gerade angesichts der Temperaturen Anfang Januar. In den letzten Tagen führte dieser Angriff dann aber auch zu teilweise vollkommen unsachlichen politischen Debatten. Auf einmal kritisieren jene das Krisenmanagement der politischen Führung, die es in den vergangenen Jahren trotz Regierungsverantwortung verpasst haben, notwendige Strukturen aufzubauen. Plötzlich überlagn Nebenkriegsschauplätze die eigentliche Debatte. Wilde Theorien zur Authentizität des mal wieder auf Indymedia veröffentlichten Be-

kennerschreibens, deren Prüfung einzig und allein in den Bereich meiner Kolleginnen und Kollegen des LKA fällt, wurden benutzt, um politisch Stimmung zu machen.

Wir müssen in unserer Stadt endlich mal darüber sprechen, dass hier nicht alles Bullerbü ist, sondern wir Szenarien haben, die für uns alle Herausforderungen darstellen. Berlin steht im Fokus der hybriden Kriegsführung. Umso bedeutender ist das Thema Katastrophenschutz – eine Angelegenheit, die den kompletten Senat, genau genommen das gesamte Abgeordnetenhaus und auch Bezirkspolitik betrifft. Innere Sicherheit kostet Geld, und zu einem funktionierenden Katastrophenschutz gehört auch eine besser für den Ernstfall ausgestattete Polizei und Feuerwehr. Man muss auch darüber diskutieren, ob die Vulkangruppen mittlerweile aus Moskau gesteuert oder zumindest beeinflusst werden. Was aber viel wichtiger ist: Wir müssen endlich aus derartigen Anschlägen lernen. Das eine ist, dass wir in unserem Land endlich aufhören, Datenschutz überzuinterpretieren,

und Sicherheitsbehörden endlich die Mittel an die Hand geben, Extremisten zu überführen. Fakt ist: Durch all die Beschränkungen wissen wir quasi nichts über die Vulkangruppen, obwohl sie sich seit 15 Jahren zu Anschlägen bekennen. Wir reden nicht ohne Grund über Quellen-TKÜ, IP-Mindestspeicherfristen, entsprechende Technik zur Auswertung.

Spätestens seit dem Stromausfall in Köpenick 2019 wissen wir in Berlin über die Gefahr von Monopolls Lösungen, fehlender Redundanzen. Das betrifft Strominfrastruktur, IT-Sicherheit, auch den Digitalfunk. Es war genau dieser Baustellenunfall, der Berlins Politik endlich dazu getrieben hat, ein Katastrophenschutzamt in Angriff zu nehmen, das letztlich Strukturen aufbauen sollte, um auf derartige Lagen die richtigen Antworten zu finden. Sechs Jahre später ist davon kaum was zu sehen, was nicht an den engagierten Kollegen liegt, die etwas aufbauen wollten. Aus dem Amt ist ein Referat geworden, das in der Nahrungskette der Innenverwaltung weit unten anzusiedeln ist. Kein Durchgriffsrecht, kein eigener Haushalt, keine Mittel, kaum Personal.

Es folgte ein Krieg in Europa und eine wachsende Bedeutung hybrider Kriegsführung, durch die wir auch in unserem Land über den Schutz kritischer Infrastruktur nachdenken mussten. Traurig, dass es dazu den Herrn Putin benötigte, während Links-extremisten aus unserem Land seit Jahren Anschläge auf Energieversorgung und Bahnverkehr begehen. Im letzten September erwischte es dann den Südosten, als ein Strommast in Brand gesetzt wurde und es zu einem 60-stündigen Blackout kam. Schon in dem Kontext sprachen wir über Videoüberwachung und Sensortechnik zum Schutz derart wichtiger Stromversorgungsknotenpunkte, damit es Extremisten eben nicht derart leicht gemacht wird, hier ganze Stadtteile lahmzulegen. Schon damals sprachen wir über notwendige Redundanzen, fehlende Strukturen, behördenübergreifend abgestimmte Maßnahmen – einen Katastrophenschutz, der den heute und zukünftig denkbaren Szenarien trotzen kann. Die Menschen in dieser Stadt wären es wert! ■



**Liebe Kolleginnen und Kollegen,** auch in der Februar-Ausgabe der Deutschen Polizei erwarten euch wieder zahlreiche interessante und informative Beiträge. Auf der Titelseite richtet sich unser Landesseniorenvorsitzender Stephan Weh mit einem Artikel zum Thema Stromausfall und Katastrophenschutz an Euch. Die Seiten 2 und 3 widmen sich dem spannenden Thema Super-Recognizer und zeigen auf, welche Bedeutung dieses besondere Fähigkeitsprofil für die polizeiliche Arbeit hat. Auf Seite 4 berichtet Maika Kaindel-Wohlrab, Vorsitzende der Landesfrauengruppe der GdP Berlin, über die Klausurtagung der Landesfrauen und die dort gesetzten wichtigen inhaltlichen Schwerpunkte. Auf Seite 5 schreibt Oliver Kurzke, Vorsitzender des Fachausschusses Menschen mit Behinderung, einen leserwerten Artikel zum Thema Inklusion – also zur gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Die Seiten 6 und 7 stehen ganz im Zeichen unserer Kolleginnen und Kollegen – mit Geburtstagen, Jubiläen sowie Hinweisen auf kommende Veranstaltungen. Darüber hinaus befinden sich die Tarifverhandlungen derzeit in einer entscheidenden Phase. Die kommenden Wochen werden richtungsweisend sein. Umso wichtiger ist es, geschlossen aufzutreten und unsere berechtigten Forderungen mit Nachdruck zu vertreten. Ich danke allen Autorinnen und Autoren sowie den ehrenamtlich Engagierten für ihren Einsatz und wünsche euch einen guten Start in den Februar. Bleibt gesund und kommt sicher durch den Monat. **Landesredakteur Dirk Böttger**

**DEINE GdP INFORMIERT**

# Sechs Jahre Super-Recognizer – ein Erfahrungsbericht

In einer Stadt mit ca. vier Millionen Einwohnern und mehr als einer halben Million Straftaten pro Jahr bin ich keinem Fahndungsfoto in der internen Fahndung entkommen – weder den guten noch den schlechten, denn ich habe eine Gabe ...

## GdP-Mitglied PHK Schröder vom LKA 251

Als es im Mai 2019 anfing, gab es weder Leitfäden noch ein Vorbild für die Tätigkeit eines Super-Recognizers – nur ein Sturm von 800 bis 1.000 internen, staatsanwaltlich angeordneten Bildfahndungen, die seit Jahren über die Bildschirme der Kolleginnen und Kollegen liefen, meist unbeachtet und ohne Ergebnis. Auch als ich wissenschaftlich als Super-Recognizer identifiziert wurde, wusste ich noch nicht so richtig was damit anzufangen. Zunächst dachte auch ich: Das klappt nur bei Gesichtern, die ich selbst schon mal verhaftet, befragt oder wenigstens mal flüchtig im Alltag getroffen hatte – und dann ließ mich eine Frage nicht mehr los: Wie viele Male springt mir dieselbe unbekannte Person aus dieser Masse an Fahndungen entgegen? Nach knapp einer Stunde war meine Welt eine andere: Ich hatte denselben mir völlig fremden Täter in mehreren alten, bis dahin ergebnislosen Fällen wiedererkannt. Er war mir nie persönlich begegnet, ich hatte ihn nie zuvor gesehen – und doch wusste ich sofort und mit absoluter Sicherheit: Das ist er.

In diesem Moment wurde mir klar, dass diese Fähigkeit weit über ein normales „Kenn ich doch irgendwoher“ hinausgeht. Sie funktioniert auch bei Menschen, die ich nie im Leben getroffen habe. Aus diesem Schlüsselmoment habe ich innerhalb weniger Wochen ein eigenes systematisches Verfahren entwickelt, das ich bis heute jeden Tag anwende. Aber ohne die akribische Arbeit der Videoauswerter, der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter im LKA und in den Abschnittskommisariaten, ohne die Kolleginnen und Kollegen auf der Straße, die die Täter festnehmen und erkennungsdienstlich behandeln, ohne aktuelle, brauchbare Lichtbilder aus Berlin, aus

anderen Bundesländern oder aus dem Ausland – ohne all das kann ich keine Gesichter verknüpfen und niemandem helfen. Ich bin nur das letzte Glied in einer sehr langen Kette.

Im Berichtsjahr 2025 wurden mit meiner Hilfe 2.162 strafrechtlich relevante Fälle aufgeklärt, die insgesamt 516 tatbeteiligten Personen zugerechnet werden konnten. Von den 516 wiedererkannten Tätern wiesen 374 Personen (72 %) wiederholte Tatbeteiligungen auf und waren folglich als Wiederholungstäter zu klassifizieren. Da ein erheblicher Anteil der Täter mobil und grenzüberschreitend agiert (reisende Täterschaft), konnten im übrigen Bundesgebiet sowie in anderen europäischen Staaten 278 gleich gelagerte Straftaten aufgeklärt werden.

## Gerichtliche Verwertbarkeit und Zeugenaussagen

Auch für die Gerichtsbarkeit war der Super-Recognizer ein völlig neues Phänomen der polizeilichen Ermittlungsarbeit, sodass die ca. 75 Gerichtstermine auch für mich eine intensive Lernphase darstellten.

## Ein reales Beispiel (2024, Az.: 235 Js 2072/24 – Raub)

Die Videoaufzeichnung der BVG zeigte den Täter nur für wenige Minuten, aber mit ausreichender Bildqualität. Das automatisierte Gesichtserkennungssystem des BKA lieferte einen Trefferhinweis und leitete diesen an den zuständigen Sachbearbeiter weiter. Dieser bat mich um Prüfung der Personengleichheit.

Ich erkannte den Täter zweifelsfrei anhand der aktuellen erkennungsdienstlichen Lichtbilder wieder. In der Hauptverhandlung konnte das Opfer den Angeklagten nicht identifizieren. Weitere Beweismittel lagen nicht vor. Die Verurteilung stand und fiel allein mit meiner Super-Recognizer-Aussage als zentralem Beweismittel. Nachdem sich die Richterin das Tatvideo noch einmal in voller Länge angesehen und die Plädoyers von Staatsanwaltschaft und Verteidigung gehört hatte, zog sie sich kurz zur Beratung zurück. Wenige Minuten später verkündete sie das Urteil: ein Jahr und drei Monate Freiheitsstrafe – zur Bewährung ausgesetzt.

Gleichzeitig habe ich gelernt, dass nicht jedes Fahndungsbild automatisch für eine Verurteilung ausreicht: Auch wenn ich den Verdächtigen eindeutig wiedererkannte, war meine Wiedererkennung in einigen wenigen Fällen aufgrund mangelnder Bildqualität für das Gericht nicht ausreichend nachvollziehbar – mit der Folge eines Freispruchs. Aus diesem Grund braucht es eine gewisse Mindestqualität der Fahndungsbilder, damit eine Verurteilung auch allein auf dieser Basis möglich ist. Denn nur wenn das Gericht selbst den Täter auf den Bildern erkennt oder weitere Indizien vorliegen, kommt es zur Verurteilung.

## Zentralstelle des LKA 72 Kost – Super-Recognizer –

Seit 2023 existiert im LKA Berlin die Zentralstelle, die auf Anfrage Täter wiedererkennen soll. Da täglich neue Anfragen mit immer neuen, bisher unbekannten Tätern die Dienststelle erreichen, ist die Herausforderung deutlich größer als in meinem ursprünglichen Arbeitsfeld, in dem ich ausschließlich die internen

Hier findest Du uns  
in den Social-Media-Kanälen



Foto: privat



Fahndungsbilder Berlins und meiner eigenen Dienststelle (LKA 251) sichtete. Auch die selbstständige Videoauswertung jedes einzelnen Super-Recognizer sehe ich als sehr belastend und herausfordernd, da z. B. Vergewaltigungen oder schwere Raubtaten durch die gezeigte Gewaltanwendung extrem schockierend sein können.

Mein ausdrücklicher Dank und allergrößte Wertschätzung gelten daher allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Zentralstelle und den Videoauswertern anderer Dienststellen. Ich freue mich sehr auf den weiteren gemeinsamen Weg und den kollegialen Austausch.

Die Einrichtung dieser Zentralstelle war der logische und notwendige Schritt, um die Fähigkeit eines einzelnen Super-Recognizer in ein nachhaltiges, systemisches Werkzeug der Berliner Polizei zu überführen – für noch mehr Aufklärung, noch schnellere Verfahren und noch weniger Straftaten auf unseren Straßen.

### Wo geht die Reise hin?

Anfang 2025 war ich unter der Leitung des LKA KTI 42 an einem Pilotprojekt zur KI-gestützten Gesichtserkennung beteiligt – mit beeindruckendem Ergebnis. Innerhalb kürzester Zeit konnte ich rund 20 lang gesuchte Serientäter identifizieren und mehr als 270 alte Fälle endgültig aufklären. Für diesen beeindruckenden Einblick in die Zukunft danke ich ganz besonders den Mitarbeitern des LKA KTI 42. Diese technische Evolution hat mich tief beeindruckt und wird die polizeiliche Ermittlungsarbeit nachhaltig verändern: In Sekundenbruchteilen können Täter erkannt und an weiteren Straftaten gehindert werden.

Die nächsten Jahre werden von drei großen Entwicklungen geprägt sein:

### Technische Evolution

KI wird immer besser – aber sie wird den Menschen mit der angeborenen Super-Recognizer-Fähigkeit niemals vollständig ersetzen. Die Zukunft liegt im perfekten Zusammenspiel: KI filtert Millionen Bilder in Sekunden vor und der Super-Recognizer trifft die finale, gerichtsfes-

te Entscheidung. Das Ziel bis 2030 muss sein: Bearbeitungszeit pro Fall unter 5 Minuten bei 100 % gerichtlicher Verwertbarkeit.

### Bildqualität als Schlüssel

Je besser die Ausgangsbilder (1080p/4K statt 480p, erkundungsdienstliche Behandlung direkt nach jeder Festnahme, wenn rechtliche Voraussetzungen vorhanden sind), desto höher die Verurteilungsquote allein auf Basis der Personenwiedererkennung.

### Effizientere Bearbeitung

Aufgrund der vorab gesichteten Fahndungsbilder durch einen Super-Recognizer können alle Fälle eines Serientäters künftig sofort dem gleichen Sachbearbeiter zugeordnet werden. Mir fällt immer wieder auf, dass aktuell oft verschiedene Sachbearbeiter im LKA oder in den Abschnittskommissariaten denselben Täter parallel bearbeiten – ohne voneinander zu wissen. Diese Bündelung spart Zeit, reduziert Doppelarbeit und erhöht die Aufklärungsquote erheblich.

Wir stehen erst am Anfang. Die Zahlen der vergangenen sechs Jahre waren der Beweis, dass mein Bearbeitungssystem funktioniert. Es war mir eine Ehre, mit Euch gemeinsam unsere Stadt sicherer gemacht zu haben. Aber eines ist klar, wir haben da noch eine Menge zu tun. ■

### PHK Schröders Erfolgszahlen auf einen Blick

2019: 323

2020: 425 (+ 32% im Vergleich zum Vorjahr)

2021: 569 (+ 34 %)

2022: 771 (+ 36 %)

2023: 1.081 (+ 40 %)

2024: 1.160 (+7%)

2025: 2.162 (+ 86%)

Gesamt: 6.491 aufgeklärte Delikte  
(Stand 31.12.2025)

### Aufgeklärte Delikte durch PHK Schröder in 2025

Taschendiebstahl: 552  
(162 Wiederholungstäter)

Betrug etc.: 867 (52)

Ladendiebstahl: 554 (98)

Raub etc.: 51 (15)

Schwerer Diebstahl aus Kfz, Büros,  
Gaststätten/Hotels etc.: 28 (5)

Sexuelle Belästigung, Nötigung etc.: 28 (2)

Sonstige: 82

Gesamt: 2.162 aufgeklärte Delikte  
(Stand: 31.12.2025)



**„Unser Landeschef im Stern zur Kritik an Bürgermeister Kai Wegner“**

Der Berliner Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Stephan Weh, hält die Kritik am Verhalten des Regierenden Bürgermeisters Kai Wegners während des Stromausfalls für überzogen. „Es hat für die Bewältigung derartiger Einsatzlagen für Polizei und Feuerwehr keinerlei Mehrwert, wenn Politiker draußen sind“, sagte er zu den Vorwürfen, dass Wegner am ersten Tag des Stromausfalls Tennis spielen gegangen sei. „Den Strom hätte er auch nicht wieder anstellen können. Natürlich nagt so etwas an der Glaubwürdigkeit eines Politikers, gerade weil jeder Satz auf die Goldwaage gelegt wird“, so der GdP-Landeschef. „Aber mal ganz ehrlich, der Regierende ist ein Mensch und der braucht Pausen.“ Wegner hatte das Tennispielen damit begründet, er habe dadurch seinen Kopf freibekommen wollen. „Wir sind uns sicher, dass er die letzten Tage dennoch ein ordentliches Arbeitspensum abgespult hat“, sagte Weh. „Wir sollten jetzt auch aufpassen, dass durch diese Debatte nicht von den eigentlichen Problemen abgelenkt wird“, forderte Weh. Wichtig sei, dass Wegner und der Senat jetzt Maßnahmen ergreifen, um die kritische Infrastruktur Berlins besser zu schützen.

## „Wie tickt die andere?“ – eine Klausurtagung voller Energie, Tiefgang und Lachmuskelkater

Wenn man den Titel liest, könnte man fast denken, wir wären auf einer Tik-Tok-Convention gelandet. Doch weit gefehlt – die persönliche Vorstellungsrunde, charmant moderiert von Claudia Ahlrep und Maika Kaindl-Wohlrab, war schlichtweg anders. Kreativ. Andersartig. Überraschend. Und genau das war gewollt.

### **Spielerisch ernst – ernsthaft spielerisch**

Durch kleine, humorvolle „Spielchen der anderen Art“ erfuhren wir Dinge, die man sonst nur nach Jahren enger Zusammenarbeit oder drei Gläsern Sekt erfährt: Wünsche, Interessen, Privates – und einige Details, die uns kollektiv die Augenbrauen hochziehen ließen.

Eines wurde jedoch sofort klar: In einem Raum mit 16 engagierten Frauen herrscht vor allem eines – Kraft.

### **Gemeinsam stark – für die GdP Berlin**

Der Spirit der Runde war schnell definiert: Wir ziehen gemeinsam an einem Strang. Wir gehen gemeinsam in die Zukunft. Wir arbeiten erfolgreich – aber wirklich gemeinsam. Für die Landesfrauengruppe der GdP Berlin wird das künftig nicht nur großgeschrieben, sondern gelebt. Witz und Charme treffen Struktur und Tiefgang. Zwischen herzhaftem Lachen



Fotos: GdP-Landesfrauengruppe Berlin

und ehrlicher Offenheit wurden die internen Strukturen der GdP kritisch beleuchtet.

Mit viel Feingefühl – aber auch klaren Worten – ging es um Beteiligung, Mitnahme aller Frauen in Entscheidungsprozessen und die Frage: Wie schaffen wir mehr Transparenz, mehr Beteiligung und mehr Miteinander? Antworten gab es viele. Lösungen auch.

### **Fotografie, Theater und ein Hauch Zukunftsmusik**

Ein besonderes Highlight: die kleine Darbietung aus Fotografie, szenischem Spiel und pointiertem Humor. Sie diente nicht nur der Aktualisierung unserer Website, sondern zeigte visionssstark, wie zukünftige Sitzungsformen

aussehen könnten – inklusive einer charman-ten Erinnerung an die Notwendigkeit klarer Sitzungsdisziplin. (Wer dabei war, weiß, dass man das mit einem Augenzwinkern verstehen darf.) Abends: Teambuilding. Offiziell „freiwillig“. In Wahrheit Pflicht. Der Abend brachte dann, was tagsüber schon absehbar war: Lachmuskelkater. Überall. Gemeinsames Sitzen, gute Gespräche, ehrliche Momente – und wieder viel Lachen, das zusammenschweißt.

### **Vielfalt der Themen – Vielfalt der Frauen**

Die Bandbreite war groß: Bezirksgruppenwahlen, Fachausschüsse, Fachgruppen, der Landesdelegiertentag, der Bundeskongress – alles kam auf den Tisch. Offen, strukturiert, lösungsorientiert.

Ergebnis nach zwei Tagen? Volltreffer. Alle Erwartungen und Wünsche der Teilnehmerinnen wurden erfüllt. Die Klausurtagung war nicht nur ein Treffen – sie war ein Aufbruch. Mit Humor, Herz, Strategie und einer gemeinsamen Vision. Und vielleicht ist das die eigentliche Antwort auf die Frage: „Wie tickt die andere?“ Ganz einfach: so wie wir alle – wenn wir uns ernst nehmen, miteinander reden und auch mal gemeinsam lachen.



**Maika Kaindl-Wohlrab,  
Vorsitzende LFG, GdP Berlin**



„GdP-Sprecher Jendro in der Berliner B.Z. zu rund 118,9 Millionen Euro Bußgeld von Berliner Verkehrssündern kassiert.“ Deutlich zugenommen hat nach der Statistik mit 977.664 Fällen die Zahl der registrierten Geschwindigkeitsverstöße (2024: 850.643). Aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist der Anstieg insbesondere auf zusätzlich angeschaffte mobile Blitzeranlagen zurückzuführen. „Mobile und flexible Kontrollmöglichkeiten sind der richtige Weg“, sagte GdP-Sprecher Benjamin Jendro. Als einen Beleg dafür, dass diese effektiver als statische Blitzgeräte sind, wertet die Gewerkschaft auch eine gesunkene Anzahl von Rotlichtverstößen. Im Jahr 2024 lag die Zahl bei 24.342, im vergangenen Jahr dann bei 19.290. Die Polizeigewerkschaft beklagte erneut eine angespannte Personalsituation bei der Behörde. „Die Bußgeldstelle ist und bleibt die Goldgrube der Hauptstadt“, so Jendro. „Wir haben eine wachsende Anzahl an Ordnungswidrigkeiten in Berlin, aber einen nahezu unveränderten Personalkörper.“ Insgesamt wurden nach der Statistik mehr als 4 Millionen Anzeigen zu Ordnungswidrigkeiten im Jahr 2025 verfasst, im Jahr zuvor waren es rund 3,8 Millionen. Eingestellt wurden im vergangenen Jahr knapp 1,04 Millionen Fälle. Das waren erneut mehr Verfahren als im Vorjahr (2024: 926.243).

## THEMA DES MONATS

# Inklusion – ein gewerkschaftliches Thema?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schon beim Lesen der Überschrift drängt sich wahrscheinlich ein Widerspruch auf, denn natürlich sollte auch die Inklusion, also die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung, ein gewerkschaftlicher „Dauerbrenner“ sein. Die Realität sieht leider oft anders aus. Eine selbstkritische Betrachtung.

**Oliver Kurzke**

Vorsitzender FA Menschen mit Behinderung

Im Rahmen unseres GdP-Berlin-Seminars zum Schwerbehindertenrecht geben wir zu- mindest mal einen Einblick, wie sich seh-, hör- oder gehbeeinträchtigte Menschen fühlen. Auch innergewerkschaftlich begegnet man zuweilen aber nicht selten ähnlichen Vorbehalten wie auf den Dienststellen. Der Umgang mit Menschen mit Behinderung stellt viele Menschen im näheren Umfeld, gerade in der Arbeitswelt, noch vor große Herausforderungen, da oft Unsicherheiten angesichts nicht sichtbarer Behinderungen und veraltete Denkmuster das Handeln bestimmen. Dabei möchten viele Menschen mit Behinderung so normal wie möglich behandelt werden, und ehrlicherweise ist es längst mitten in unserer Gesellschaft angekommen. Selbst in fast allen Bereichen des dienstlichen Alltags, ob bei Stellenbesetzungsverfahren, der Arbeitsplatzgestaltung oder der baulichen oder digitalen Barrierefreiheit, wird auch das Thema Inklusion tangiert. Viele Verantwortliche übersehen dabei, dass die positiven Effekte bei Beachtung des Inklusionsgedankens auch dem Umfeld zugutekommen können, sich also auch für nicht behinderte Menschen der Arbeitsalltag deutlich verbessern kann. Beispielhaft sei hier die Einhaltung von vorgeschriebenen Standards der digitalen Barrierefreiheit genannt, die auch für nicht behinderte

Beschäftigte eine erhebliche Erleichterung des Arbeitsalltages mit sich bringen. Das optimale Ziel besteht darin, dass der Arbeitgeber bei allen Maßnahmen grundsätzlich die Verpflichtung zur Inklusion mitberücksichtigt. Hier ist auch die Funktion der bzw. des Inklusionsbeauftragten von herausragender Bedeutung.

Auf solche Faktoren hinzuweisen und auch gewerkschaftlich für die – nicht immer Beachtung findenden – Rechte von Menschen mit Behinderung einzutreten, vermisste ich bei der gewerkschaftlichen Arbeit leider zu oft. Es wird zwar immer wieder auf das große Problem Nachwuchsgewinnung in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes hingewiesen, der Zusammenhang zur fehlenden Attraktivität aufgrund von zum Teil nicht behinderungsgerechten Arbeitsplätzen oder Dienststellen wird aber kaum hergestellt.

Hier vergibt der öffentliche Dienst, trotz der anerkennenswerten Bemühungen in Teillbereichen, eine große Chance. Die Beschäftigungswelt des öffentlichen Dienstes der Länder wird uns vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) als



Foto: privat

Dachverband mit seinem Personalreport ausführlich und mit jährlicher Schwerpunktsetzung immer sehr gut dargestellt. Wie passend, dass sich einer der diesjährigen Schwerpunkte mit den Folgen des Personalmangels befasst.

Leider verpasst es auch unser Dachverband, sich hier ernsthaft mit Menschen mit Behinderung zu beschäftigen, obwohl der Gesetzgeber (§ 165 SGB IX) den öffentlichen Arbeitgebern hier eine besondere Verantwor-

tung bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung zuweist. Der DGB verpasste es bisher trotz der mehrjährigen Bemühungen unseres Fachausschusses Menschen mit Behinderung der GdP-LB Berlin, das Thema dauerhaft im Personalreport zu etablieren.

Hier gäbe es z. B. die Möglichkeit, auf die Einhaltung oder Nichteinhaltung der gesetzlichen Beschäftigungsquote von schwerbehinderten Menschen, die aktuell fünf Prozent beträgt, hinzuweisen. Die Polizei Berlin erreicht diese Quote seit zwei Jahren leider nicht mehr. Eine Aufgabe für uns.

Wenn wir es nicht schaffen, in solchen bundesweit beachteten Publikationen der Inklusion ein „Gesicht“ zu geben, scheint es gewerkschaftlich noch ein sehr steiniger Weg zu sein.

Da ich gerade den steinigen Weg beschrieben habe, möchte ich in diesem Zusammenhang auch die auf GdP-Bundesebene existierende Kommission für die Belange von Menschen mit Behinderung nicht unerwähnt lassen, die ihre Arbeit durchaus sichtbarer gestalten sollte. Bei einer kürzlich durchgeföhrten Befragung der Landesbezirke wurden durch unseren Fachausschuss genügend Impulse für die Arbeit der Kommission übermittelt. Auch eine stärkere Vernetzung sollte angestrebt werden.

Ich wünsche mir, und das bleibt festzuhalten, dass im gewerkschaftlichen Raum die Möglichkeiten der Einflussnahme im Sinne aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst deutlich verbessert werden. ■



Foto: GdP Berlin



Foto: CandyPolPictures

**“** GdP-Landeschef Stephan Weh zum feigen Brandanschlag und seinen Auswirkungen in der Berliner Zeitung:

Unser Dank gilt allen Einsatzkräften der Polizei, Feuerwehr, der betroffenen Bezirke sowie des THW und den anderen Hilfsorganisationen, die teils selbst von den Einschränkungen betroffen sind, aber mit couragiertem Einsatz die Auswirkungen des Stromausfalls für die Menschen in der Stadt bestmöglich gering halten. Man muss ganz klar festhalten, dass es für diese sinnfreie Brandstiftung, bei der auch Menschenleben gefährdet werden, keinerlei Legitimationsgrundlage gibt. Auch wenn die mutmaßlichen Brandstifter hier wieder in einem Weltuntergangspamphlet alles an scheinheiligen Gründen zusammenwürfeln. Wir erleben jetzt binnen kürzester Zeit den zweiten Super-GAU nach einem Brandanschlag auf Stromleitungen in dieser Stadt und sehen einmal mehr, dass unsere kritische Infrastruktur aufgrund von Monopollösungen leicht angreifbar ist. Wir dürfen keine Zeit verlieren, entsprechende Redundanzen aufzubauen sowie vorhandene Stromleitungen besser vor derartigen Sabotageakten zu schützen. Wir müssen dann auch mal unideologisch über das Thema Videouberwachung reden. Es sind wieder Zighausende betroffen. Kameras an Strommasten könnten bei der Strafverfolgung helfen, aber auch präventiv wirken. Nur weil einige laut schreien und Orwells 1984 heraufbeschwören, verzichten wir weiterhin im öffentlichen Raum auf schützende Technik.

## Denk an Deine Angaben!

Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass Anspruch auf unsere Leistungen nur für diejenigen besteht, die ihre Mitgliedsbeiträge korrekt bezahlen. Das Land Berlin übermittelt uns eventuelle Änderungen aber nicht.

Insofern bitten wir Euch, wenn Ihr umgezogen seid oder endlich befördert werdet, sich die Ausbildung verlängert

hat oder Ihr in den verdienten Genuss Eurer Pension oder Rente kommt, es bei uns kundzutun. Nur so können wir Eure Mitgliedsbeiträge korrekt einstufen und schicken Post nicht ins Nirwana. Bitte meldet etwaige Änderungen direkt an unsere Mitgliederverwaltung

[mitgliederverwaltung@gdp-berlin.de](mailto:mitgliederverwaltung@gdp-berlin.de). ■



**GdP-Sprecher Jendro** in der Berliner Zeitung zur Explosion in Kreuzberg: Unbekannte werfen Handgranate in Lokal.  
Diese Ermittlungsgruppe „BAO Ferrum“ wurde eingesetzt, um die Schusswaffengebräuche, die sich in den vergangenen Monaten in Berlin häuften, aufzuklären. Die Fahnder gehen davon aus, dass die Schießereien und Anschläge mit Schutzgelderpressungen gegen Gewerbetreibende, unter anderem gegen eine Fahrschule, zusammenhängen. Ob auch die Betreiber des jetzt angegriffenen Lokals zuvor schon solchen Drohungen ausgesetzt waren, ist Gegenstand der polizeilichen Ermittlungen. Bereits im Frühjahr war auf den Läden geschossen worden. Am Nachmittag des 13. April wählte ein anonyme Anrufer den Notruf 110. Einsatzkräfte der Polizei entdeckten an der Fensterfront drei Einschusslöcher. „Wir sehen seit Monaten, dass die Szene gerade im Bereich Schutzgelderpressung aufmusket, um hier Absatzmärkte zu klären“, sagt Benjamin Jendro von der Gewerkschaft der Polizei. „Wenn man eine Handgranate in einem Gebäude detonieren lässt, ist das eine klare Warnung. Was man zunehmend feststellen kann, ist, dass hier auch viele junge Leute extra für solche Taten mit Geld sowie Aufstiegschancen in der Organisierten Kriminalität angeworben werden.“

## Veranstaltungen

### Frauengruppe

**Wann:** Mittwoch, 25. Februar, 16 Uhr.  
**Wo:** Geschäftsstelle, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin-Schöneberg.

### Seniorenguppen

#### Dir 1

**Wann:** Mittwoch, 4. Februar, 13 Uhr.  
**Wo:** Restaurant Dorfaue, Alt-Wittenau 56, 13437 Berlin-Reinickendorf.  
**Info:** Gastreferent: Detlef Fritz, Weisser Ring  
**Kontakt:** Werner Faber, Tel.: (030) 4032839.

#### Dir 2

**Wann:** Dienstag, 3. Februar, 15 Uhr.  
**Wo:** Spanisches Restaurant El Manuel, Sandstraße 37, Ecke Meydenbauerweg, 13593 Berlin-Spandau.  
**Kontakt:** Regina Geisler, Tel.: (030) 92124397, oder Jürgen Gesch, Tel.: (03322) 210390.

#### Dir 3

**Wann:** Dienstag, 17. Februar, 14 Uhr.  
**Wo:** Stadtteilzentrum Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin-Marzahn.  
**Info:** Mitgliederversammlung.  
**Wann:** Donnerstag, 19. Februar, 14 Uhr.  
**Wo:** Pyramidenring 10, 12681 Berlin  
**Info:** Besuch DDR Museum Depot, um Voranmeldung wird gebeten.  
**Kontakt:** Michael Kusatz, Tel.: (0176) 80589142, E-Mail: michaelkusatz@gmx.de.

#### Dir 4

**Wann:** Mittwoch, 11. Februar, 16 Uhr.  
**Wo:** Adria-Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin-Lankwitz.  
**Kontakt:** Peter Müller, Tel.: (030) 7967520, oder Erika Schink, Tel.: (030) 74771820.

#### Dir 5 City

**Wann:** Dienstag, 3. Februar, 14 Uhr.  
**Wo:** Restaurant Split, Blücherplatz 2, 10961 Berlin-Kreuzberg.  
**Kontakt:** Renate Katzke, Tel.: (0173) 1685766.

### LKA

**Wann:** Dienstag, 10. Februar, 13 Uhr.  
**Wo:** Restaurant Xantener Eck, Xantener Straße 1, 10707 Berlin-Wilmersdorf.  
**Kontakt:** Bärbel Thieler, Tel.: (030) 6043174, oder Jürgen Heimann, Tel.: (030) 7217547.

### LPD/PPR/ZS

**Wann:** Dienstag, 3. März, 16 Uhr.  
**Wo:** Lokal „Frabea“, Afrikanische Straße/Otawistraße, 13351 Berlin-Wedding. Verkehrsanbindung: U-Bahnhof Rehberge oder/und Buslinie 221 (Haltestelle Otawistraße).  
**Kontakt:** Alberto Fourneaux, Tel.: (030) 4651559, E-Mail: a.fourneaux@gmx.de.

### BüO

**Wann:** Mittwoch, 25. Februar, 15 Uhr.  
**Wo:** Restaurant Nolle, Georgenstraße, S-Bahnbogen 203, Bahnhof Friedrichstraße, 10117 Berlin-Mitte  
**Kontakt:** Rita Grätz, Tel.: (0171) 3895760, E-Mail: jumi52@gmx.de.

### PA

**Wann:** Dienstag, 24. Februar, 15 Uhr.  
**Wo:** Lokal Adria-Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin-Lankwitz.  
**Kontakt:** Peter Laszig, Tel.: (030) 3352049, Chang Hsu, Tel.: (0176) 47087388, oder Bernd Böhme, Tel.: (030) 85719550.

## Wir begrüßen unseren Feuerwehr-Nachwuchs



Foto: GdP Berlin

Anzeige

MEDIRENTA

Wer kümmert sich,  
wenn ich einmal ausfalle?



MEDIRENTA übernimmt Ihre Beihilfe-, Kranken- und Pflegekostenabrechnungen.

Als GdP-Mitglied profitieren Sie von besonderen Vorteilen.

Sorgen Sie vor! Fragen Sie nach dem Notfall-Tarif: **030 / 27 00 00**

Beihilfe – leicht gemacht!

[www.medirenta.de](http://www.medirenta.de)

### DP – Deutsche Polizei

Berlin

ISSN 0170-6411

### Geschäftsstelle

Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin  
Telefon (030) 210004-0  
Telefax (030) 210004-29  
gdp-berlin@gdp-online.de  
www.gdp-berlin.de  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke

### Redaktion

Dirk Böttger (V.i.S.d.P.)  
Telefon (030) 210004-12  
boettger@gdp-berlin.de

### Konten

Commerzbank  
IBAN: DE69 3004 0000 0634 3073 00



**FAIRWEG**  
Air Travel Reiseservice

# URLAUBSREIF?

Buche Deine Traumreise mit  
einem Cashback von 4 %



**4 % Cashback**

GdP & GdP Service GmbH

**FAIRWEG Reisebüro Wilmersdorf**

Hohenzollerndamm 193  
10717 Berlin

[gdp-berlin@aer.de](mailto:gdp-berlin@aer.de)  
+49 (0)30 864 905 55

[www.gdp-berlin-reisen.de](http://www.gdp-berlin-reisen.de)